

Landwirtschaftskammer RLP, In der Göbelwies 1, 54340 Bekond

**RAUMORDNUNG
REGIONALENTWICKLUNG
NATURSCHUTZ**

In der Göbelwies 1
54340 Bekond
Telefon 0671 793-300
Telefax 0671 793-366
bekond@lwk-rlp.de
www.lwk-rlp.de

Kern-Plan
Kirchenstr. 12

66557 Illingen

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/in / E-Mail
14.07.02.01	12. Dezember 2024	Liesa-Maria Faust
Bitte immer angeben!		Liesa-Maria.Faust@lwk-rlp.de

Telefon
0671 793-344

13. Januar 2025

**Ortsgemeinde Allenbach, Verbandsgemeinde Herrstein-Rhaunen
Aufstellung des Bebauungsplanes „Solarpark Allenbach“**

- **Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB**
- **Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ortsgemeinde Allenbach plant die Errichtung eines 20,7 großen Solarparks auf landwirtschaftlichen Flächen. Die Landwirtschaftskammer begrüßt grundsätzlich die Erzeugung erneuerbarer Energien. Allerdings vertreten wir hinsichtlich der Errichtung von FFPV-Anlagen die Auffassung, dass entsprechend des Grundsatzes 166 des Landesentwicklungsprogrammes IV zunächst alle anderen Möglichkeiten der Realisierung von Photovoltaikanlagen auszuschöpfen sind, ehe auf landwirtschaftliche Nutzflächen zurückgegriffen werden kann (Gebäude, versiegelte Flächen, Deponien, Konversionsflächen usw.).

Standortprioritäten für FFPV-Anlagen können insbesondere sein und sollten innerhalb eines Verfahrens verbindlich vor dem Grundsatz des schonenden Umgangs mit Grund- und Boden, abgeprüft werden:

- Flächen entlang von Autobahnen und großräumigen/überregionalen Schienenwegen bis zu einer Entfernung von 200 m (vgl. § 35 Abs. 1 Nr. 8 b) BauGB), sofern insbesondere Belange des Arten- und Naturschutzes und regionalplanerische Ziele, insbesondere der Landwirtschaft sowie Sicherheitsaspekte, nicht entgegenstehen.
- Konversionsflächen mit hohem Versiegelungsgrad und ohne ökologische Funktion (G 166 4. TF LEP IV)
- sonstige brachliegende, ehemals baulich genutzte bzw. versiegelte Flächen im Außenbereich
- Ertragsschwache, artenarme oder vorbelastete Acker- und Grünlandflächen (G 166 4. TF LEP IV):
- Geeignete Standorte für FFPVA sind Gewerbe- und Industriegebiete nach §§ 8 Abs. 2 Nr. 1, 9 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO.

- Deponien können ebenfalls geeignete Standorte für FFPV-Anlagen sein (vgl. Begründung zu G 166 der 4. Teilfortschreibung LEP IV)
- Die Ausbauziele auf Landes- und Bundesebene wurden formuliert. In Deutschland wird der Ausbau in der Freifläche im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bis 2030 auf 80 Gigawatt (GW) und bis 2040 auf 177,5 GW gedeckelt. Bei einem Bedarf von ca. 1 ha pro Megawatt beträgt der daraus abgeleitete Flächenbedarf in Rheinland-Pfalz bis 2040 ca. 8.000 ha. Dies entspricht auch dem politischen Ziel, in Rheinland-Pfalz maximal 2 % (etwa 8.100 ha) der Ackerflächen für Solarenergie zu beanspruchen. Eine gleichmäßige Verteilung auf alle 170 Verbandsgemeinden und Städte in Rheinland ergäbe einen Bedarf von etwa 50 ha FFPV-Anlagen pro Verbandsgemeinde oder Stadt. Flächendarstellungen in Bauleitplanungen müssen daher so erfolgen, dass nicht mehr als 2 % der Landwirtschaftsfläche für FFPV beansprucht werden. Eine Suchkulisse von max. 4 % ist dabei als ausreichend anzusehen. Die tatsächliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen ist durch ein Monitoring zu begleiten. Eine Überschreitung der genannten 2 % ist auszuschließen

Bei dem vorliegenden Standort handelt es sich nicht um zivile oder militärische Konversionsflächen, sondern um landwirtschaftliche Nutzflächen, die im Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe 2014 als landwirtschaftliche Vorrangflächen ausgewiesen sind.

Bei der Überplanung der betroffenen landwirtschaftlichen Vorrangflächen mit FFPV gehen sämtliche Funktionen dieses Vorranges verloren. Es werden gut nutzbare Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion genommen und in eine gewerbliche Nutzung überführt. Die Flächen befinden sich bauleitplanerisch in einem Sondergebiet, der Ackerstatus wird aufgehoben und eine intensive Grünlandbewirtschaftung entsprechend der geltenden Gesetzgebung ist fraglich. Es wird kein Einkommen mehr aus einer Bodenertragsnutzung erzielt und der zunehmende Flächenverlust verschärft den negativen Trend der wirtschaftlichen Situation landwirtschaftlicher Betriebe in der Region. Der Regionale Raumordnungsplan ist somit in seinen Grundzügen berührt.

In der Gemarkung Allenbach liegen rund 262 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Somit werden mit der Planung 9,5 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen der Gemarkung überplant. Die durchschnittliche Bodenwertzahl der Gemeinde Allenbach liegt bei 36. Die Planfläche liegt mit 38 Bodenpunkten über dem Durchschnitt und weisen für die Region durchaus eine gute Ertragsfähigkeit aus. Die hier zur Überplanung vorgesehenen Flächen sind außerdem gut erschlossen und können in vergleichsweise großen Schlägen bewirtschaftet werden.

Die 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes Rheinhessen-Nahe hat Potentialflächen für FFPV-Standorte ausgewiesen. Dabei wurden FFPV-Anlagen die auf Ackerflächen eine Ertragsmesszahl von über 35 überschreiten, als nicht vereinbar mit den raumordnerischen Zielen angesehen. Die Flächen innerhalb des hier vorgelegte Plangebietes wurde aufgrund der Überschreitung der Ertragsmesszahl von 35 in verschiedenen Bereichen nicht weiter als geeignete Potentialfläche verfolgt. Innerhalb der VG Herrstein-Rhaunen wurden 311 ha als potentielle Vorbehaltsgebiete definiert, was 2,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche entspricht. Hinzu kommen zahlreiche FFPV-Anlagen innerhalb der VG, die bereits realisiert bzw. in Planung sind, die außerhalb der Potentialflächen liegen. In der Summe werden 2% Ausbaubaufläche deutlich überschritten. Die Realisierungswahrscheinlichkeit und Grundstückssicherung sind keine raumordnerischen Belange, sondern betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Eigentümer und stellen somit keine objektiven Abwägungskriterien dar.

Mit der Planung wird auf das bestehende landwirtschaftliche Wegenetz zurückgegriffen. Die Wirtschaftswege wurden während der Flurbereinigung mit landwirtschaftlichen Fördermitteln und auf

Kosten der Landbesitzer errichtet. In den Unterlagen finden sich keine Hinweise zu einer Nutzungsvereinbarung der Wege für gewerbliche Zwecke, bzw. einer Kostenbeteiligung beim Wirtschaftswegebau. In diesem Zuge weisen wir auch darauf hin, dass Wirtschaftswege keine öffentlichen Straßen im Sinne des § 1 Landesstraßengesetz sind, dort heißt es: „§ 1 (5) LStrG, Wege, die ausschließlich der Bewirtschaftung land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke dienen (Wirtschaftswege), sind nicht öffentliche Straßen.“

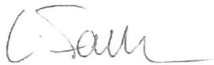
Eine dauerhaft gesicherte Erschließung ist daher nachzuweisen.

Wir möchten noch darauf verweisen, dass wir artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen sowie Kompensationsmaßnahmen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen aufgrund der Beeinträchtigung und weiteren Verlustes von Agrarstrukturen ablehnen. Durch die Erzeugung regenerativer Energie und durch die i.d.R. extensive Nutzung der verbleibenden Flächen ergeben sich bereits Aufwertungspotenziale, die u.E. verbindlich anzurechnen sind.

Aus Sicht der Landwirtschaft werden aus den dargelegten Gründen gegen diese Planung grundsätzliche Bedenken erhoben. Eine Ausweisung von FFPV-Anlage auf den betroffenen Flächen wird unsererseits abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



L. Faust